

# Das „Wie“ ist wichtiger als das „Wer“

## Regionale Stimmen zum Kampf um die CDU-Kanzlerkandidatur

**Baden-Baden (fk/kli/BT) – Armin Laschet oder Markus Söder? Die K-Frage der Union bewegt auch Christdemokraten aus Mittelbaden.**

Der Baden-Badener Bundestagsabgeordnete Kai Whittaker findet es unerheblich, wer von beiden Kanzlerkandidat wird. „Weder das Präsidium der CDU noch der CSU noch die Bundestagsfraktion werden das entscheiden. Würden sie es formal entschieden, hieße das, einer der beiden ginge beschädigt heraus. Und das wäre eine Schwächung, die wir uns nicht leisten können“, sagt Whittaker dem BT. Stattdessen müssten Laschet und Söder die Frage gemeinsam entscheiden, das würden beide Parteien auch von ihnen erwarten. Das sollte allerdings in den nächsten Tagen geschehen, nicht erst in den nächsten Wochen, mahnt er.

„Ich hätte mir gewünscht, wenn man diese Frage schon früher geklärt hätte und wir auf die Diskussionen verzichten hätten können.“ Denn schließlich müsse man inmitten der dritten Corona-Welle das Land regieren. „Ich werde denjenigen Kandidaten unterstützen, der es wird. Denn es zeichnet uns als Union aus, dass wir uns

hinter dem Kanzlerkandidaten versammeln können“, so Whittaker. Er gehört zu den mittlerweile 65 Unionsabgeordneten, die in einem Brief ein Mitspracherecht der Bundestagsfraktion eingefordert haben. Die Einbindung der Fraktion sei nun gestern in der Sitzung mit dem Auftritt beider geschehen.

### Abgeordnete Wald und Becker einig

Landtagsabgeordneter Alexander Becker meint, die Union müsse aufpassen, nicht noch mehr Porzellan zu zerschlagen, die Entscheidungsfindung dauere schon lange genug. Es gebe in der Union kein geordnetes Verfahren für die Entscheidungsfindung. „Es kann nur einvernehmlich geklärt werden, und nur an der Spitze“. Sowohl Laschet als auch Söder hätten als erfolgreiche Ministerpräsidenten bewiesen, dass sie kanzlertauglich sind. Ein Punkt, in dem Becker mit seinem hiesigen Parteikollegen und zweiten mittelbadischen CDU-Abgeordneten Tobias Wald übereinstimmt. Beide seien, so Wald, „regierungstauglich“. Öffentlich auf einen Kandidaten festlegen will sich aber Wald genauso wenig wie Be-

cker – Wald gibt seiner CDU gegenüber dem BT lediglich den Rat mit auf den Weg, bei der Entscheidung auch die Umfragewerte im Auge zu behalten. Becker betonte, wer auch immer es werde: „Für den werde ich Wahlkampf machen.“ Es habe die Union immer ausgezeichnet, solche Fragen geräuschlos zu klären. „Das können wir auch jetzt immer noch. Gerne noch vor den Grünen“, sagt Becker mit Blick auf den 19. April, an dem die Grünen bekannt geben wollen, ob sie Robert Habeck oder Annalena Baerbock ins Rennen schicken.

Festgelegt hat sich gegenüber dem BT Jürgen Pfetzer, CDU-Bürgermeister von Ottersweier: „Ich erhoffe mir, dass Markus Söder der Spitzenkandidat wird. Ich kann ihn mir gut als Bundeskanzler vorstellen, weil er für einen Neuanfang steht, Rückgrat besitzt und die Republik auch durch die derzeitige Corona-Krise führen kann. Das sehe ich in Armin Laschet nicht, weil er für ein ‚Weiter so‘ steht und für eine rückwärtsgewandte Politik.“

Peter Götz (CDU), ehemaliger Bundestagsabgeordneter des Wahlkreises Rastatt, findet: „Jeder hat seinen eigenen Stil, seine Stärken und Schwächen.

Aber beide sind führungsstark.“ Brigitta Lenhard, CDU-Fraktionsvorsitzende im Rastatter Gemeinderat und Vorsitzende des CDU-Stadtverbands, stimmt Götz zu: „Beide haben ihre Qualitäten. Laschet ist zusammenführender, Söder ist durchsetzungsfähiger.“ Allerdings könne Lenhard sich auch noch jemand anderen als Kanzlerkandidaten vorstellen: So mache etwa Ralph Brinkhaus als Bundestagsfraktionsvorsitzender eine super Arbeit.

Der Baden-Badener Stadtrat und CDU-Urgestein Klaus Bloedt-Werner hat keinen Favoriten, was die Kanzlerkandidatenfrage angeht: Ganz offen sagt er, dass es ihm „letztlich egal“ sei, ob es Markus Söder oder Armin Laschet wird. Denn: „Ich finde beide geeignet. Beide haben das Zeug dazu.“ Beispielsweise habe Laschet schon bewiesen, dass er für Überraschungen gut sei. „Kein Mensch“ habe nämlich 2017 damit gerechnet, dass Laschet die damalige NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) beerben würde. Wichtiger als das „Wer“ sei Bloedt-Werner dagegen, dass die Entscheidung in einem „sauberen und ordentlichen“ Verfahren getroffen werde.